**Merkel widerspricht Seehofers Äußerung zum Islam**

"Überflüssig", "Unsinn", "Zugeständnis an die AfD": Aus fast allen politischen Lagern kommt Kritik an Seehofers Aussage zum Islam in Deutschland – auch aus der CDU.

Auf die Äußerung des neuen Bundesinnenministers Horst Seehofer (CSU), der Islam gehöre nicht zu Deutschland, haben Politiker der Opposition, aber auch aus den Parteien der Regierungspartner SPD und der CDU kritisch reagiert. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) stellte bei einem Treffen mit dem schwedischen Ministerpräsidenten Stefan Löfven in Berlin klar, dass für sie die hierzulande lebenden Muslime und der Islam durchaus zu Deutschland gehörten.

Deutschland sei "sehr stark durch das Christentum" und das Judentum geprägt, "aber inzwischen leben vier Millionen Muslime in Deutschland". "Und diese Muslime gehören auch zu Deutschland. Und genauso gehört ihre Religion damit zu Deutschland, also auch der Islam", sagte Merkel. Die Bundesregierung wolle "alles tun, um das Zusammenleben gut zu gestalten zwischen den Religionen", betonte die Kanzlerin.

Horst Seehofer hatte in der Bild gesagt, er halte den Satz "Der Islam gehört zu Deutschland" für falsch. ["Nein, der Islam gehört nicht zu Deutschland"](http://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-03/horst-seehofer-islam-deutschland), sagte Seehofer und fügte hinzu: "Die bei uns lebenden Muslime gehören aber selbstverständlich zu Deutschland." Dies bedeute jedoch nicht, "dass wir deswegen aus falscher Rücksichtnahme unsere landestypischen Traditionen und Gebräuche aufgeben".

Auch die CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer widersprach der Darstellung des CSU-Chefs: "Die Stärkung des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft ist unser gemeinsames, im Koalitionsvertrag festgelegtes Ziel. Religionsfreiheit auf dem Boden des Grundgesetzes gehört unstreitig zu Deutschland, genau, wie auch die Muslime in Deutschland mit ihrem Glauben, dem Islam, zu unserem Land gehören."